

Handelstung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die monatliche Belegpreisbuchung umfasst 200 Exemplare. Preis der Zeitung: 10 Pfennige. Preis der Belegpreisbuchung: 200 Pfennige. Preis der Belegpreisbuchung: 200 Pfennige.

Die Belegpreisbuchung umfasst 200 Exemplare. Preis der Zeitung: 10 Pfennige. Preis der Belegpreisbuchung: 200 Pfennige. Preis der Belegpreisbuchung: 200 Pfennige.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der sozialdemokratische Bezirksverband von Ostpreußen macht bekannt, daß die im Wahlkreis Ostpreußen wohnenden rechtsgerichteten zehn Landesparlamentarier aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen sind.

Der neue Etat der Reichsmarine hat den Reichstag poliert. Er ist um rund 40 Millionen Mark höher als der Etat für 1924. Diese Erhöhung ist hauptsächlich bedingt durch die vermehrte Inbetriebstellung von Schiffen geisteskranken, durch Steigerung der Personalkosten und durch die Umgruppierungen, die durch neue Entsetzungen des Friedensvertrages durch die Entente erforderlich wurden.

Im abgelaufenen Jahre sind von den Banken nach einer Ausfertigung der Angelegenheiten rund 200 000 Angestellte abgebaut worden. Die meisten Großbanken haben etwa Dreierdrittel ihrer früheren Belegschaft entlassen. Unter der früheren Belegschaft ist der Personalbestand der Inflationsjahre zu verstehen.

Die Agentur Roma glaubt zu wissen, daß das bayerische Konordat bald ratifiziert werde, weil die bayerische Kammermehrheit die sonst unannehmbare Ministerliste vermeiden wolle.

Die „Helen Posten“ melden, daß es der notwendigsten Hilfsmittel der Zivilisation, einem in einem weiten Bereich nehmen soll, gelungen, die notwendigen Mittel zu beschaffen, so daß der Rest der im 15. April aufgenommen werden kann. Es sind 200 Millionen in Deutschland befristet worden.

Die englischen Eisen- und Stahlindustriellen haben sich nunmehr endlich auf einen einmütigen deutsch-französischen industriellen Kartellvertrag mit Belgien vereinigt. Sie glauben mit der Preisbegrenzungsklausel günstiger Bedingungen erzielen zu können als durch einen europäischen Konzern. Die Wünsche der englischen Stahlindustrie seien außerdem günstiger denn je seit dem Kriege. Den nötigen Schutz werde die Industrie durch die Maßnahmen der Regierung und der Safe guarding of Industry Act erlangen.

Der französischen Kammer ist ein Gesetzentwurf vorgegangen, durch den die französische Regierung verpflichtet wird, die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes in Haag als bindend anzuerkennen.

In der luxemburgischen Kammer hat sich eine unerwartet starke Opposition gegen den Eisenbahnvertrag mit Belgien herausgebildet. Die liberalsozialistische Opposition vertritt den Standpunkt, Belgien erziele eine Kontrolle der luxemburgischen Bahnen und bringe dadurch die Unabhängigkeit des Landes in Gefahr.

Römische Blätter veröffentlichen den Bericht Molitinis zur neuen Wahlreformfrage, die in folgenden Punkten zusammengefaßt wird: 1. Erhöhung der Mandate von 535 auf 560, so daß auf je 50 000 Einwohner ein Mandat entfällt. 2. Wiederherstellung des Einmänner-Wahlrechtsystems. 3. Aufhebung der Beschränkung zur Vereinerlichung von Wahlkommissionen. 4. Einführung des Wahlturners.

Die Befreiung des bulgarischen Ministerpräsidenten Jankoff von den fährlichen jugoslawischen Staatsmännern muß als Versuch betrachtet werden, die oft handgreiflich auftretenden nationalen Gegensätze auf dem Balkan im Interesse gemeinsamer Abwehr bolschewistischer Propaganda zu überbrücken.

Die griechische Regierung hat beschlossen, sich wegen der Verletzung griechischer Minderheiten in Bulgarien an die Weltöffentlichkeit zu wenden. Andererseits will Griechenland nicht mehr die Bestimmungen des Genfer Protokolls anerkennen, die sich auf den Schutz der Minderheiten beziehen.

In dem tunesischen Hafen Bizerta traf eine Abordnung der Sowjetregierung ein, die aus Ingenieuren und Marineoffizieren besteht. Sie hat den Auftrag, die im Hafen von Bizerta liegende Flotte des Generals Wrangel auf ihre Seetüchtigkeit zu untersuchen und wegen der Übernahme dieser Flotte durch die Moskauer Regierung ein Protokoll vorzubereiten.

Das französische Torpedoboot „Hann“ ist, wie der „Matin“ aus Toulon meldet, zum Schutze der französischen Interessen nach der albanischen Gewässern entsandt worden.

Köln wird nicht geräumt!

Der Beschluß der Botschafterkonferenz. / Verfehlte Hoffnungen.

Die Botschafterkonferenz hat in ihrer Sitzung vom 27. Dezember den einstimmigen Beschluß gefaßt, die Kölner Zone nicht zu räumen. Nach Schluß der Botschafterkonferenz wurde der Presse folgendes Kommuniqué übermittelt:

Die Botschafterkonferenz hat die völlige Uebernahme der Regierungsgewalt Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans in der Frage der Kölner Zone festgelegt. Sie hat das Verfahren festgelegt, wie die Befreiung der Zone durchgeführt werden soll. Die Konferenz hat sofort den Wortlaut der Note einer Prüfung unterworfen, die die internationalen Regierungen in dieser Frage der deutschen Regierung vor dem 10. Januar übermitteln werden. Noch im Laufe des Nachmittags sind die Sekretäre der verschiedenen Delegationen zusammengetreten, um den Text der Note auszuarbeiten, die Deutschland übermittelt werden soll. Die Botschafterkonferenz wird diesen Text wahrscheinlich in der Sitzung vom Mittwoch prüfen und endgültig festlegen. Es ist anzunehmen, daß sie an diesem Tage in Uebereinstimmung mit dem Militärkomitee in Versailles Beschlüsse fassen wird, den letzten Teilbericht der internationalen Kontrollkommission über die Ergebnisse der allgemeinen Prüfung der deutschen Pläne zu veröffentlichen.

In zwei Noten, einer, die am 27. Dezember, und einer, die kurz vor dem 10. Januar überreicht werden sollen, will die Botschafterkonferenz ihren Beschluß, Köln nicht zu räumen, Deutschland mitteilen. Nur die Gründe, die man natürlich nicht verlegen: die Bestimmungen des Versailleser Vertrages sind nicht eingehalten worden! Einzelheiten für diese Behauptung wird man nicht angeben, um nicht Gefahr zu laufen, Klagen geistlich zu werden. In der Hauptsache führt hier die französische Regierung an, daß die französische Regierung die Erfüllung der Verpflichtungen nicht erfüllt hat, die sie in London auseinandergesetzt hat, die Nichträumung nicht das Gegenteil mit dem Londoner Abkommen zu tun. Dessen entsprechend werde das Ruhrgebiet im Falle tonaler Erfüllung am 5. geräumt sein. Die Räumung der Kölner Zone hänge aber von der Erfüllung des Versailleser Vertrages ab.

Das Schauerwärcchen der deutschen Rüstung.

Reichswehrminister Geßler über die „Waffenfunde“.

Reichswehrminister Geßler gewährte einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ eine Unterredung, in der er sich über die Entdeckung und die Räumung der Kölner Zone aussprach. Reichswehrminister Geßler führte u. a. aus: „Kürzlich habe ich den Bericht über die Entdeckung der Waffenfunde in der Kölner Zone erhalten. Ich habe mich sofort mit dem Reichswehrminister Geßler auseinandergesetzt, daß die im Vertrag von Versailles für die Räumung vorgesehenen Fristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die französische Politik hat angesichts des Überhandes der ganzen Welt gegen eine solche Argumentierung einen anderen Weg eingeschlagen. Man sucht jetzt Stimmung damit zu machen, daß Deutschland nicht abgeräumt habe. Dazu werden Tag für Tag Schauerwärcchen über die deutschen Rüstungen in die Welt geschickt. Dabei hofft man die alte Zwietracht in Deutschland

selbst zu säen und neue Befehrer zu gewinnen. Die französische Presse gebärdet sich in den letzten Wochen, als ob tatsächlich eine Reihe ganz loser Verleumdungen von der Kommission festgelegt worden seien. Die erste ganz allgemeine Behauptung war die von der Kommission Deutschland gegen die Generalinspektion. Da nun fast 1800 Kontrollbesuche meist ohne Rüstung durchgeführt sind und da die Internationalisierte Militärkommission geben muß, daß sie in jede Kaserne, jedes Gewölbe, jede Fabrik, jeden Raum Zutritt fand, läßt sich diese Gründung wirklich nicht aufrechterhalten. Dann hat man ganz allgemein behauptet, es seien große heimliche Waffenlager aufgefunden worden. Die Wahrheit ist, daß die Kommission keinen Fund von irgendwelcher Bedeutung gemacht hat. Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Gefäßfund auf dem Truppenübungsplatz Königsbrunn. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich vermeintlichen Gefäße

14 alte Flegelbüchse waren, die seit langen Jahren als Heilmitteldiensten und die auch die Spuren dieses Gebrauchs zeigten. Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Ausruhmungsmaterial

Allen, die die politische Welt in den nächsten Jahren zu sehen gewohnt sind, lauchten und immer noch hoffungslos, englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten und Eingriffen Amerikas. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Motive für den Restbruch bei England und Frankreich verschieden sind, und daß man ihn alten und neuemäßig begründet. Aber das ändert nichts daran, daß beide Staaten im Ziel ja einig sind: Fortsetzung der Besetzung der Kölner Zone. Wenn gerade von Differenzen spricht der „Matin“, dann meint er, daß die Sache, indem er die Nachrichten von Meinungsverschiedenheiten demontiert und betont,

„der beste Beweis für die Wiederherstellung der internationalen Einheitsfront sei darin zu erblicken, daß die Mächte die Abwendung einer Kollisionskatastrophe in Deutschland beschließen hätten. Auf jeden Fall bestche aber auf englischer noch auf französischer Seite die Möglichkeit, die Frage der hinausgeschobenen Räumung Kölns mit der Räumung des Ruhrgebietes zu verknüpfen. Auf jeden Fall keine für die Räumung der Kölner Zone ein Zeitpunkt augenblicklich nicht genau werden, da dies ausschließlich davon abhängt, wie Deutschland die Abrüstungsfragen zu erfüllen gedenkt.“

„Gewiß, im „neutralen“ Ausland und auch in Amerika ist die öffentliche Meinung nicht auf der Seite Frankreichs. Der deutsche Botschafter in Washington hat den Versuch gemacht, die Vereinigten Staaten zum Eingreifen zu bewegen. Was aber bisher erreicht wurde, ist wirklich recht wenig: einige unverständliche Erklärungen amerikanischer Staatsmänner über große Besorgnis wegen der Forderungen des neuen Reichsbrüder auf die Durchführung des Dawesabkommens und über die Notwendigkeit des englisch-französischen Vorgehens, und zum zweiten die ausweichende Erklärung durch die amerikanischen Botschafter in London und Paris, „Amerika würde sich beteiligen, wenn die Räumung in Uebereinstimmung mit dem Versailleser Vertrage erfolgte“ (11). Unter dieser diplomatischen Wendung, die allerdings noch nicht verbürgt ist, kann man recht viel verstehen.

Die Hoffnung auf eine Wendung des Gedächtnisses von außen hat also wirklich geringe Wirkung wie noch stets bisher, wenn Frankreich oder die Entente zu einem neuen Schritte gegen Deutschland ausfallen.

Freigebend Indizium, daß gefordert war, aus diesen Positionen Wirtschafswaffen und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Das ist der Fall, wenn die Genenationsmeldungen der französischen Presse zugrunde liegt. Nicht orientiert aber wurde die französische Presse darüber, daß eine große Zahl von Ueberwachungs-Besuchen nicht ohne einmütige Zustimmung gefordert haben. Die Internationalisierte Militärkontrollkommission kennt jede Fabrik Deutschlands; ich möchte sagen, sie

kennt jede Drechbank, jeden Schraubstock. Sie würde sich selbst kein glänzendes Zeugnis ausstellen, wenn sie behaupten würde, daß nach ihrer fünfjährigen Tätigkeit, die wahrscheinlich aus den besten Möglichkeiten unterliegt, bei einer solchen geheimen Waffenfabrikation in Deutschland noch möglich wäre. * * *

Der Büttel der Franzosen.

Der „Reinheits“ eröffnet eine Entlassungs-offensive gegenüber der Kontrollkommission und der Botschafterkonferenz. Er bringt es fertig, zu schreiben:

„Die Internationalisierte Militärkontrollkommission und die Steuerinspektoren in London, Paris und Wien sind hundertmal besser über den deutschen Entlassungszustand unterrichtet, nicht nur als die breiten Massen des deutschen Volkes, sondern zum Teil sogar als die hohen und höchsten Stellen des Reiches und der Länder. Der große Unmut der Bundesverwaltungen hat jede öffentliche Kritik etwaiger Mißstände unterdrückt und ganz naturgemäß das Mißtrauen der Militären vergrößert, ohne das übrigens — was bei der moralischen Verkommenheit und Käuflichkeit, die gerade im Reichsbüro herriecht, unabweislich war, — auch nur eine einzige weise Kritik der „Miffion Kollet“ (1) verborgen blieb.“

Von der Verdrängung des „rechtsstabilen“ Lagers“ und von sonstigem abgesehen, hat der „Reinheits“ durch diese für ein deutsches Volk unangehörigen Aussagen der Sache nach die Feststellungen des Reichswehrministers Eigen geirrt. Schwerer kann das deutsche Interesse in der Kölner Frage kaum verletzt werden. Das sind die fähigsten Mitterdenker, die von einem deutschen Geiste dem ärgsten Bedrücker des deutschen Volkes geteilt werden können.

Folgen der tschechischen „Bodenreform“.

Von Bardowick.

Unter den vielen Mitteln, mit denen man in den dank Versailles neu geschaffenen Staaten Mitteleuropas dem Deutschland beizukommen vermag, steht an erster Stelle die „Agrarreform“, oder „Bodenreform“, wie man sie in der Tschechoslowakei zu benennen beliebt.

Hier sind gerade dieser Tage Berichte des Prager „Bodenreform“, in dem selbstverständlich kein Deutscher sitzt, vorgegangen, wonach bis zum 31. Dezember 1923 rund 373 600 Hektar landwirtschaftlichen Bodens dem besagten tschechischen Großgrundbesitz in das „Eigentum des Volkes“ überführt worden sind — und zwar gleichzeitig berichtet das statistische Staatsamt, daß im ersten Halbjahr 1924 insgesamt 3 007 642 Zentner Brotgetreide und 2 445 058 Zentner Wahlprodukte eingeführt worden müßten; in der gleichen Zeit des Vorjahres dagegen nur 42 883 Zentner Brotgetreide und 1 554 506 Zentner Wahlprodukte. Des weiteren wurden im ersten Halbjahr 1924 für 352 000 000 Kronen Schlacht- und Zuchtvieh, für 400 000 000 Kronen Fett und für 203 900 000 Kronen Ost und Gemüse eingeführt!

Diese Zahlen, die wir hier gegenübergestellt haben, sollen selbst tschechischen Politikern und Wirtschaftlern zu denken geben haben; jedenfalls kann man bereits seit längerem sogar in tschechischen Blättern lesen, daß „Bodenreform“ und Verflechtung der Ernährungslage der Tschechoslowakei auf einem Aste gewöhnlich sind.

Früher war die Tschechoslowakei dank der intensiven Wirtschaftsförderung der großen Güter in tschechischen Mähren und Böhmen, auch in der Lage, den ganzen Staat mit Brotgetreide zu versorgen, ja, man hätte durch Fehlen der Bodenkultur in den tschechischen Teilen diesen Stand noch verbessern können. Heute ist die Tschechoslowakei dank ihrer „Bodenreform“ auf eine Zufuhr ausländischen Getreides angewiesen, die sich mengenmäßig jährlich noch weiter erhöhen wird, wenn man

nicht bezelfen umtreft. Das Beispiel Rumäniens sollte zu denken geben, wo man ebenfalls eine ähnliche Bodenreform durchgeführt hat — und wo man heute ebenfalls noch Mais ausführt, während Rumänien früher eines der wichtigsten Ausfuhrländer für Weizen war!

Während am Prager Markt früher nur sehr selten fremdes Vieh aufgetrieben wurde, nun auch nach Wien verlagert konnte — ist heute die Tschechoslowakei mit einer der besten Viehweiden für holländische Rinder und Mastvieh. Der Rückgang in der Milchproduktion und damit schlechte Belieferung mit Milch in den Städten sind die Folgen: in Prag steht man heute Schlangen vor den Milchläden, Milch für Prag muß aus Südmähren und Preßburg herangeschafft werden, allein in Prag fehlen heute schon 20 000 Liter Milch für den täglichen Verbrauch.

Es ist anzunehmen, daß die sogenannte Bodenreform sich in Kürze noch weiter ausweiten wird (genau so wie in Rumänien). Diese deutschfeindliche „Bodenreform“ macht sich sofort klar befrucht. Denn die neuen Besitzer, die meistens den deutschen Landwirten an Kenntnissen unterlegen sind, sind gar nicht mehr in der Lage, den ihnen zugeteilten Boden anzubauen, sondern müssen ihn brach liegen lassen oder dem Vobanan zurückgeben, es sei denn, daß sich ein darmherziger Agrarier (oder Spitalant) findet, der den Boden um einen Spottpreis kauft — um neue Latifundien zu bilden!

Das Vieh steht und damit ein gut Teil von Düngemitteln. Der Zersplitter stellt, der Boden wird nicht mehr richtig bearbeitet. Das Saatgut ist schlecht, weil der tschechische Kleinlandwirt sein hochgezüchtetes Saatgut für Ärmern: der Ertrag wird immer mehr sinken — das sind die „Segnungen“ der tschechischen „Bodenreform“!

Man mag gespannt sein, wie lange noch diese „Bodenreform“ am Leben bleiben wird, wie wichtig sie ist, bis man sich glücklich totgewürdigt hat! Weisheit man hoch, daß die Bodenreform und insbesondere in den deutschen Grenzgebieten rein aus militärisch-politischen Gründen durchgeführt wird, und die sind ausschlaggebend, mag der Staat auch noch so sehr volkswirtschaftlich geschädigt werden und das Vieh im Staatsbause weiter anreisen. Es reißt ja gegen die verhassten dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei. . . .

Sieg der albanischen Aufständischen.

Nach der Einnahme von Tirana hat die albanischen Aufständischen gegen Salona vorgerückt, wo die Regierung den letzten Widerstand leisten wollte. Salona ist nach den neuesten Berichten auch gefallen, und das Volk hat sich mit den Mitgliedern der Regierung nach Italien geflüchtet, wo er bereits angekommen ist. Im Süden Albanien ist die Stadt Kometi in die Hände der Aufständischen gefallen, die somit in ganz Albanien, außer dem nördlichsten Teil, wo sich noch Serbien zur mit seinen Anhängern hält, Herren der Situation sind. *

Die Gehaltung der Verhältnisse in Albanien wird von der italienischen Presse mit Vorzügen verfolgt. Man bezieht eine Rückwirkung auf die internationale Politik. In politischen Kreisen Roms wird ein selbständiges Albanien schon aus dem Grunde für notwendig erachtet, um das italienisch-jugoslawische Gleichgewicht an der Adria aufrechtzuerhalten.

25 Bräute.

Ein Schmelzer von Wilhelm Herbet.
Das Liebesgeheimnis.

Zu, der kleine Taschengeld, und Edwin, der Falschspieler, hatten in der Bekende neben der Türe eine lange ernsthafte Unterredung.

Jetzt kamen sie zu den Hebrigen und beantragten, aus Anlaß des Aufstehens von Bett Bulljahn einen Beeren zu trinken.

Der Gedanke wurde mit warmem Beifall aufgenommen.

„Meine Herren!“ schrie Edwin, der Leichtbegerister, und sprang auf seine Kränze. Dann fuhr er mit gedämpfter Stimme fort: „Diese Freunde und Bekannte, essen! Nie mehr in solcher Ecke werden sich sieben gleich viele Herzen zusammenfinden wie die unsere. Wie mehr werden Sie die Gelegenheiten haben, einen Mann von der Genialität Bett Bulljahn in Ihrer Mitte zu sehen. Das Beantwortet daher die Gründung des Beeren.“ Das Liebesgeheimnis und die Maß aneres heute lieber feiernden Meisters zum Präsidenten. . . .

So wurde das Liebesgeheimnis mit Begeisterung in die Welt gesetzt und Bett Bulljahn zum Präsidenten erklärt.

Mangels edlerer Potale klangen die Tischgespräche mit der Morgenstunde um zu Ehren aneinander.

Schriftführer sollte Krüger sein, den verschiedenen Urkundensicherungen dazu besonders schickigen. Krüger wurde es, der wegen seiner Unterredung sich, zu, Edwin, „Zamertan“ und der drei Hans gingen als Beifahrer aus der Nacht hervor.

Denn es erschien einer so erlebten Ehre unwürdig, ein „gewöhnliches Mitglied“ zu haben

Maschinenwehre gegen Cholera.

Wohin es führen würde, wenn auch bei uns die roten fliegen, ergibt sich konzentriert aus den russischen Tatsachen! Ueber das „Neuzeitliche aus dem Sowjetparadies“ wird uns wie folgt berichtet:

Der verdienstvolle Korpsvorsitzer Klanten, der sich kampftätig bemüht hat, auch in dem Sowjetregime das menschliche zu erkennen, hat sich sicher nicht gegen die Sowjets fürchtend, sich für folgenden Feststellungen auf Grund eigener Aufschauung genügt. In einem Vortrag in Kopenhagen erzählte Klanten über die in Rußland herrschende Cholera-epidemie: Die Bevölkerung sei von einer furchtbaren Panik ergriffen, die Sowjetbehörden sperren die von der Cholera angelegten oder auch nur verdächtigen Personen in große Lager ein. Diese Lager seien mit Dampferzeugern umgeben und von Maschinenwehren umstellt. Die Anflüsse des Lagers würden nie wieder herausgelassen und fürchten sich vor Hunger.

Klanten hat ein ausgebrochenes Lager mit 2500 Leuten gesehen. Wenn in einem Zuge während der Fahrt ein Cholerafall eintritt, werden sämtliche Waggons geschlossen und von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett bewacht. So sei es oft geschehen, daß, wenn die Züge wieder geöffnet wurden, sämtliche Passagiere erfroren auf den Bänken als Leichen lagen.

Eine Feststellung allein solcher Zustände müßte genügen, das Schalten der Sowjetbehörden zu brandmarken. Die Schreckensnachrichten, zu deren Verkündigung sich Klanten angehtigster persönlicher Erfahrung sich veranlaßt sah, sind aber keineswegs vereinzelte. Ein Telegramm aus Helsingfors meldet uns in Rußland über die Umfliegerei verheerende Krankheiten nachdrücklich offen zugegeben. So habe das Gesundheitsamt aus dem Gouvernement Astrachan Berichte erhalten, im November seien dort 17 000 Fälle von Pest festgestellt worden. Davon sei die Hälfte tödlich verlaufen. Die Stadt Astrachan und Umgebung sei militärisch abgesperrt worden.

Rumänien und seine Schulden.

Die bevorstehende Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris veranlaßt die rumänische Regierung nachstehende Beschlüsse des Stabes mit Rumäniens in der Wiederermittlung der Frage. Das führende Wirtschaftsblatt „Argus“ betont, daß das Bestreben Rumäniens weniger dahin gerichtet ist, für die interalliierten Schulden (an England 23 Millionen Pfund, an Frankreich 1 106 072 889 Francs, an die Vereinigten Staaten 30 Millionen Pfund und an Italien 10 Millionen Lire) eine Erleichterung zu erwirken, denn diese Frage werde kaum gelöst werden, wenn das Problem der französischen und italienischen Schulden an die Verbündeten angeknüpft wird. Gegenwärtig handle es sich vielmehr um die Zahlung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden, um die sogenannte Freiheitsanleihe und die Verbündeten (in der Höhe von 235 Millionen Goldfrank) und um die öffentliche russische Schuld, von der Rumänien die auf Westbalkan entfallende Last übernehmen mußte. Der Artikel weist auf die Schäden hin, die Rumänien durch die Befreiung erlitt und rückt die Opfer, welche das Land für die Kriegführung der Westmächte zu bringen genötigt wurde, in den Vordergrund. Rumänien mußte auf die Befreiung des Krieges der Entente die Petroleumanlagen vernichten, damit diese

nicht in die Hände der Gegner fielen und schaffte aus demselben Grunde den Goldfuß der Banca Nationala, den Staatsfuß und die Kronmünzen nach Moskau. Die rumänische Regierung wolle sich nicht ihren Verpflichtungen entziehen, sie fordere aber mit Recht, daß die Finanzkautelen der Friedensverträge ein unterbares Ganzes bilden und die Rechte Rumäniens nicht einseitig vernachlässigt werden.

Wie der „Abeverul“ erzählt, heißt sich der Präsident der rumänischen Nationalbank Cromolu am 15. Januar nach London, um Verhandlungen wegen Abschluß einer großen Außenanleihe Rumäniens zu beenden. Die Reise des Finanzministers Bratianu nach London soll mit der Anleihefrage im Zusammenhang stehen. Der „Abeverul“ meidet hierzu, die Regierung halte für die Aufhebung der Finanzen und der Wirtschaft eine Anleihe von bis zu 40 Millionen Pfund Sterling für notwendig.

Beamtengehälter heute und 1913.

Zur Beamtenbeziehungserhöhung bringt das Reichsbelegungsblatt statistischen Material über das Verhältnis der jetzigen Beamtengehälter zu denen von 1913.

Nach dem jetzigen Gehaltsstand betragen die reinen Grundgehälter einschließlich des neuen Zulages durchschnittlich in den Belegungsgruppen II 97 v. S. v. 98 und VIII, XI und XII je 88 v. S. v. den Grundgehältern von 1913. Bei Einrechnung der sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder von sechs bis 14 Jahren, für die der Aufwand 1913 aus dem Grundgehalt mit bestritten werden mußte — abgesehen vom Wohnungsaufwand, der 1913 wie jetzt etwa durch den Wohnungsgeldzuschuß gedeckt wird — erhöhen sich im Durchschnitt die Summen für die reinen Belegungsgruppen III auf 136 v. S. v. 127, VIII auf 102, XI auf 96 und XII auf 93 v. S. v. der Grundgehälter von 1913. Bei Betrachtung der Gesamteinkünfte, einschließlich Wohnungsgeldzuschuß, ergibt sich, daß im Durchschnitt verheiratete Beamte mit zwei Kindern von sechs bis 14 Jahren in einem Orte der Sonderklasse an Gesamtentlohnungen in den Belegungsgruppen III 120, V 127, VIII 102, XI 96 und XII 92 v. S. v. der Gesamtentlohnungen von 1913 erhalten. Die Spannungen zwischen der Gehältern der Belegungsgruppen III und XII, die bei den Grundgehältern 1913 1:75 betrug, ist also bei den verheirateten Beamten mit zwei Kindern, bezogen auf die Grundgehälter, einschließlich Sozialzulagen auf 1:5,1, bezogen auf die Gesamtentlohnungen einschließlich Wohnungsgeldzuschuß von 1913 1:6,6 auf jetzt 1:4,4 zusammengedrückt.

Weitere Zahlen zeigen das Verhältnis der Beamtengehälter zu den Arbeitslöhnen und zu der Preisbewegung, wie sich diese aus den Berechnungen des statistischen Reichsamts ergeben.

Hieraus ist ersichtlich, daß das Realinkommen eines verheirateten Beamten mit zwei Kindern in den unteren Belegungsgruppen, gemessen sowohl an dem Großhandelspreis wie an dem Kleinhandelspreis, als ohne Berücksichtigung des Wohnungsgeldzuschusses, die die Zwangseinkommen nicht gering gehalten wird, etwa das Realinkommen von 1913 erreicht, während das jetzige Realinkommen der Beamten in den mittleren und höheren Belegungsgruppen hinter dem von 1913 noch mehr oder weniger zurückbleibt.

Die neuen Bestimmungen für die Reichsbahnbeamten

Der endgültige Entwurf der Personalordnung für die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist erschienen, der in einigen Punkten nicht unwesentliche Veränderungen gegenüber dem ersten Entwurf bringt.

Die ordnungsgemäße Kündigung kann bei Beamten aus anderen Diensten nur für den Beschluß eines Kalendervonats und spätestens am ersten jeden Monats erfolgen. Beamten des mittleren Dienstes dürfen nur am Schluß eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer zweimonatlichen Kündigungsfrist kündigen. Ueber geheime Angelegenheiten der Gesellschaft hat der Beamte auch nach Lösung des Dienstverhältnisses keine Mitteilung zu machen. Ebenso müssen entlassene Beamte als Zeugen oder Sachverständige vor Gerichten die Beamtentum von Fragen verweigern, wenn sie nicht ausdrücklich von der Reichsbahngesellschaft in jedem Einzelfall ihrer Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind. Der Generaldirektor erläßt Richtlinien für Prämien für besondere Leistungen im Dienst und für Erparnisse an Material.

Die Urlaubfrage der Beamten ist nach den bisherigen Grundregeln geregelt. Bezüglich der Erkrankung von Beamten heißt es, daß bei den auf Kündigung oder Widerruf angestellten Beamten im Falle einer Krankheitsdauer von mehr als 26 Wochen von Kündigungs- oder Widerrufserfolg kein Gebrauch zu machen ist, wenn man damit rechnen kann, daß der erkrankte Beamte in absehbarer Zeit den Dienst wieder aufnehmen wird.

Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich mindestens 51 Stunden. Regelmäßige Mehrleistungen können innerhalb eines Kalenderjahres durch regelmäßige Unterleistungen oder umgekehrt ausgeglichen werden. Für die Überleistung der wöchentlichen Arbeitszeit ist eine Vergütung nicht gewährt. Ein Ausgleich kann durch Dienstbefreiung zu anderen Zeiten gewährt werden.

Ueber die Verlegung von Beamten in den einstufigen Ruhestand heißt es in § 21: „Das Recht der Verlegung, den Beamten jederzeit unter Berücksichtigung von Wartgeld einwilligen in den Ruhestand versetzen zu können, soll dem Ziel möglichst hoher Wirtschaftlichkeit des Unternehmens dienen. Die Verlegung des Rechts kommt daher nur dann in Betracht, wenn der Beamtenkörper der Gesellschaft wegen Einschränkung des Aufwandes, Abnahme des Geschäftsumfanges, der Veränderung oder Umwidmung von Einrichtungen der Gesellschaft oder wegen sonstiger Vereinfachungen vermindert werden muß, oder wenn die Gesellschaft den Beamten wegen seiner Überfähigkeit oder des Wertes seiner dienstlichen Leistungen nicht mehr behalten kann.“

Die Bestimmungen treten am 1. Januar in Kraft. Gleichzeitig ergeht auch zum 1. Januar eine Neuordnung des Betriebsrätegesetzes und des Beamtenträteegesetzes für die Reichsbahn, das wichtige Neuerungen enthält.



seinen Augen glomm jeder aus. Er zwirrelte das rote Bärtchen und flüsterte weich wie ein Zener: „Zuge und schreibe — mit Worten: Händjundwanzig! Nicht eine weniger! Wer sieht gegen mich?“ „Ja! Ja! Ja!“

Alle bis tief der Reib und die getränkte Eigenliebe.

Woh! der Aktist schüttelte sich in kaltem Frost, „Händjundzig Zentner — der Mensch ist doch kein Geant!“

Dann kamen Schritte den Gang herauf. Ihre Stimmen wurden ernst. Ein paar riefen sich an der Tür, als wollten sie mit hinausflüchten.

Noch einmal gab er jedem die Hand und seine kranken Augen waren feucht.

Zu, der weilsche, schluckte an Tränen. Kabe ging der Abschied leben. Es hatten niemand auf der Welt auf ihre höchsten Spielbrettentwürfen — und Bulljahn, war der Heister unter ihnen gewendet, der hier an den finsternen Agenten noch etwas hell zu machen verstand.

Und jetzt noch Judie er ihnen ein wenig Sonne, eine Hoffnung, eine Freude, einen Gedächtnisstoß zurückzulassen.

„Vergeß nicht!“ — sagte er — „übers Jahr! Händjundwanzig Bräute — aber ich bin nicht mehr euer Präsident!“

Da fiel der Regel flüchtig und der Aufseher stiftete. „Bulljahn!“

„Herr!“
„Vere Zeit ist um. Kommen Sie mit zum Herrn Aufseher!“
„Still! lassen die anderen auf den Freitisch.“
„Herr!“ sagte endlich „Zamertan“, des Zunderbäder, „Infernetz, der immer das Glück für Beidermüder in der Tasche hat, konnte ja vielleicht auch zu Ihnen anfangen — aber Händjundwanzig — nein, die Marneleide gibt's nicht!“ (Fortf. folgt.)